

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strassenstr. 66, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 3.50, frei ins Haus M. 3.93, wo keine Post am Orte, M. 4.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Expeditionsgeschäft bezieht für die einjährige Colonatsseite über deren Raum 25 Pfennige, für die Arbeitmarkt, Vereinen und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 238.

Dienstag, den 12. Oktober 1909.

20. Jahrgang.

Tabakarbeiter-Entschädigung als Armenunterstützung.

Zu einem wahren Schicksal auf die Ansprüche der Tabakarbeiter wächst sich mit jedem Tage mehr die versprochene „Entschädigung“ aus, die den durch die Wirkung des Gesetzes arbeitslos gewordenen Arbeitern und Arbeiterinnen zu teil wird. Es handelt sich dabei um recht zahlreiche Arbeitslose; in den Fabriken der Firma Deter in Schlesien und Posen sind allein 1000 Unterstützungsansprüche erhoben, in Ohlau zählt man 800 durch das Gesetz geschädigte Tabakarbeiter und auch in Breslau ist die Zahl der Geschädigten nicht klein. Wenn schon die amtlichen Arbeitsnachweise auf 100 offene Stellen 457 Arbeitslose zählen, um man sich ein Bild von dem durch die Gesetzgebung des Zentrums angerichteten Elend machen.

Nun hat die Sozialdemokratie gleich im Anfang dieser Steuerreform die Verpflichtung des Staates betont, alle durch seine Maßnahme betroffenen Arbeiter zu entschädigen und einen Antrag auf Vergütung des Arbeitslohnes bis zum Höchstmaß von mehreren Jahren gestellt. Diesen Antrag erklärte der Reichssekretär für unannehmbar, er erklärte sich aber nicht zu einem Antrag des Zentrumsmanns Wiesbergs, der an die Stelle der Entschädigung eine kümmerliche Unterstützung setzen wollte. Um wenigstens etwas zu retten, stimmten die Sozialdemokraten doch noch der versüßelten „Unterstützung“ zu. Als aber zwischen der zweiten und dritten Lesung hinter den Kulissen eine nochmalige Abrede zwischen Zentrum und Schatzsekretär erfolgte und gar noch die Mittel aufgestellt wurde, die Gesamtsumme der Unterstützungen dürfte 1 Millionen Mark nicht überschreiten — bei 45 Millionen Mark Tabaksteuerertrag jedes Jahr —, da versagte die Sozialdemokratie ihre Mitwirkung bei dem Komödientheater, das zum Wohne der geschädigten Tabakarbeiter aufgeführt wurde.

Die versüßelte „Unterstützung“ wurde trotzdem Gesetz und jetzt beginnt die geradezu erbarmungswürdige Halbgarerei der Hunderte von Arbeitslosen mit den Behörden um die Auszahlung der schmalen Summe und die Erfüllung der komplizierten Formalitäten. Zwar geht der freigewerkschaftliche Tabakarbeiterverband organisierten wie unorganisierten Arbeitslosen mit großer Geschicklichkeit und Sachkunde zur Hand, aber es kostet unbeschreibliche Mühe, die Trägheit und Unkenntnis auf der anderen Seite zu überwinden. Da wird uns z. B. gemeldet:

Seit 5 Wochen haben 30 Sortierer der Firma Barbenwerper u. Zilling in Breslau Gesuche um Unterstützung aus dem Viermillionenfonds beim Magistrat eingereicht. Die Gesuche wurden vom Magistrat an die in Frage kommenden Bezirksvorsteher behufs Ermittlung über die Gesuchsteller abgegeben. Einzelne Bezirksvorsteher haben die Gesuche auch halb erledigt, andere wußten garnicht, was sie mit den Gesuchen anfangen sollten, haben sie wochenlang liegen lassen, bis sie vom Magistrat gemahnt wurden, dieselben umgehend zu erledigen. Der eine hat gar keine Ermittlungen angestellt, ein anderer hat auf dem Gesuche den Vermerk angebracht, daß die in Frage kommende Gesuchstellerin, für die acht Tage, welche sie arbeitslos war, keinerlei Unterstützung bedarf, und was dergleichen Schuldbürgeleien mehr sind. Die Beamten beim Magistrat erklären selber, daß die Schuld nicht an ihnen liegt, sondern bei den Bezirksvorstehern. Den Gesuchstellern ist in ihrem eigenen Interesse zu empfehlen, daß sie sich einige Tage nach Einreichung der Gesuche persönlich zu ihren Bezirksvorstehern begeben und dieselben ersuchen, die Gesuche baldigst zu erledigen. Seit zirka 14 Tagen sind nun die Gesuche in den Händen der Zollbeamten, welche dieselben auch rasch erledigen. Die Verzögerung der Auszahlung der Unterstützungen liegt nun lediglich wieder beim hiesigen Hauptzollamt. Von letzterem erhielt eine Gesuchstellerin am Freitag folgendes unfrankiertes Schreiben, wofür sie — die Arbeitslose — noch 5 Pfg. Porto bezahlen mußte:

Hgl. Hauptzollamt.

Unter Bezugnahme auf das an den Magistrat hierelbst gerichtete Unterstützungsgeſuch erwidere ich Ihnen hiermit ergebenst, daß Ihnen eine Unterstützung nicht gewährt werden kann, da Sie sich nach den angestellten Ermittlungen zufolge Ihrer Arbeitslosigkeit nicht in einer Notlage befinden.

(Name unleserlich.)

Da wären wir also so weit, daß die Tabakarbeiter-Entschädigung den Armenalimosen gleichgestellt ist und ihre Auszahlung von einer „besonderen Notlage“ abhängig gemacht wird, die das Gesetz nicht kennt. Im Gegenteil, die Ausführungsbestimmungen weisen bei der Besprechung der Uebernahme neuer Beschäftigung an anderen Orten ausdrücklich darauf hin, daß der Besitz eines Hauses oder Grundstücks als zureichender Grund anzusehen sei, die Beschäftigung an einem Orte zurückzuweisen. Daraus geht doch klar genug hervor, daß nach einer besonderen „Notlage“ nicht gesucht werden darf, daß sogar Haus- und Grundbesitzer eventuell Unterstützung erhalten

sollen. Hier aber weist man eine Gesuchstellerin von 20 Jahren zurück, die ihre Mutter und kleinen Geschwister unterstützen muß und vom 26. August bis 4. September arbeitslos war, vom 20. September bis 2. Oktober nur bis Nachmittags 4 Uhr beschäftigt war und seit dem 2. Oktober wieder ohne Arbeit ist! Es kann jetzt erst wieder den Beschwerdebegang an das Finanzministerium beginnen und wer weiß, wann die Geschädigten in den Besitz ihrer Unterstützung kommt. Derartige ungeklärte Bescheide sind bereits mehrere ergangen.

Ein anderer Gesuchsteller erhielt einen ebenso unzulässigen Bescheid:

Hgl. Hauptzollamt. De 13, den 21. September 1909.

Auf den Antrag vom 30. v. Mts. um Bewilligung einer Unterstützung auf Grund von Artikel IIa des Gesetzes wegen Aenderung des Tabaksteuergesetzes erhalten Sie hiermit abschließenden Bescheid.

Die Ablehnung geschieht, weil Sie aus einem Betriebe entlassen worden sind, in dem zur Zeit der Entlassung mehr Arbeiter beschäftigt waren, als im Durchschnitt des Vorjahres.

(Unterschrift unleserlich.)

Auch hier wird erst wieder Beschwerde eingelegt werden müssen, um dem Mann zu seinem Rechte zu verhelfen. Der Nachweis, daß die Entlassung eine Folge des Gesetzes ist, wird in Fällen als nicht geführt erachtet, wo der Zusammenhang klar und offen zutage liegt. Die Klagen, die wir darüber erhalten, sind so drastisch, daß wir es lieber sähen, sie würden Herrn Fleischer und den anderen Schöpfern der Tabaksteuer ins Haus geschickt. Ein Betroffener bezeichnet bereits 110 Mark Lohnverlust und hat noch keinen Pfennig Entschädigung erhalten. Am Sonnabend haben die Sortierer und Ristenbelleber wieder 38 Unterstützungsgeſuche eingereicht, hoffentlich werden dieselben nun schneller erledigt. Im ganzen dürften bis jetzt in Breslau zirka 200 Gesuche um Unterstützungen abgegeben sein. Die auswärtige Arbeiter in den Filialen der Firma Barbenwerper u. Zilling dürften gegen 1000 Unterstützungsgeſuche einreichen. Bei der Firma Pachur u. Scharte müssen sämtliche Sortierer, Ristenbelleber ca. 14 Tage ausbleiben. Bei der Firma Arthur Deter wird nur bis zum Dunkelwerden, bei der Firma Otto Deter schon seit zirka 3 Wochen nur bis um 4 Uhr gearbeitet.

Am Freitag und Sonnabend begannen endlich die Auszahlungen, aber es erwartete der Arbeitslosen eine neue Enttäuschung — nur volle Wochen wurden ausgezahlt — die überschüssigen Tage kann g. hungert werden!

Das ist der Segen der Steuerpolitik des Zentrums!

Politische Uebersicht.

Lieber Lucius als Kapell!

Die Wahlparole Eugen Richters aus dem Jahre 1877: Lieber Lucius als Kapell!, d. h. Lieber ein Konservativer als ein Sozialdemokrat, ist seitdem immer mehr die Parole des liberalen Bürgertums geworden. Dieser Satz aus Babels Brief an Hauptmann beschäftigt die freisinnige Presse so angelegentlich, daß ihm die „Vossische Zeitung“ binnen zwei Tagen schon den zweiten Leitartikel widmet. Offenbar hat man in freisinnigen Kreisen den richtigen Eindruck, daß hier die wunde Stelle der freisinnigen Beweisführung gegen die Sozialdemokratie aufgedeckt ist, und indem man sich bemüht sie zu verhüllen, macht man erst recht auf sie aufmerksam.

Zwischen bürgerlich-liberaler und proletarisch-sozialistischer Weltanschauung klafft ein unüberbrückbarer Abgrund. Der bürgerliche Liberalismus kommt aus Manchester, das freie Spiel der Kräfte ist sein ursprüngliches Programm und was davon abgebröckelt ist, das hat er nur zögernd unter dem unwiderstehlichen Druck der Verhältnisse preisgegeben. Die Sozialdemokratie ist vor ihrer Geburtsstunde ab eine Gegnerin der sogenannten wirtschaftlichen Freiheit, dieser „Freiheit zu hungern, wie und wo man will“, und sie steht in der politischen Gesamtorganisation der menschlichen Gesellschaft, dem Staat, — entsprechend den Interessen des Proletariats — den berufenen Regulator des wirtschaftlichen Betriebes, während der Liberalismus den Staat — entsprechend den Neigungen der Kapitalistenklasse — aus der Volkswirtschaft möglichst ausschalten, ihn zu einer bloßen Nachtwächterrolle degradieren möchte. Zwischen zwei so diametral gegenwärtigstehenden politischen Auffassungen kann es keinen Ausgleich geben, sondern ein Frieden kann nur erzielt werden durch die Unterwerfung der einen unter die andere. Tatsächlich hat der Liberalismus alle seine wirtschaftspolitischen Positionen verloren — zunächst freiwillig nicht an das sozialistische Proletariat, sondern an das Zentrum, das den Staat als Versorgungsanstalt betrachtet und an die Kräfte, die mit Schutzgeldhilfe den „Kommunismus des Rammons“ praktizieren. Wenn wir also nicht so leicht Gelegenheit finden, in Kampf gegen die liberale Wirtschaftsauffassung zu treten, so nur deshalb, weil es keinen Kampf geben kann zwischen einem gehangerten Ritter und einem entschaffneten Mann. Aber der Gegensatz zwischen

dem tätigen nach Vertiefung ringenden sozialistischen Gedanken und der liberalen Auffassung bleibt nichtsschwerwiegend vorhanden und unüberbrückbar.

Darüber ist man sich wohl auf beiden Seiten klar. Der nie ruhende Streit zwischen Freisinn und Sozialdemokratie setzt nicht an dem Punkt der Verschiedenheit der Wirtschaftsauffassung ein — wo sich nichts berührt, gibt es auch keine Reibung — sondern gerade an jenen Gebieten, wo gemeinsame Interessen und parallele laufende Bestrebungen in reichem Maße vorhanden zu sein scheinen. In Deutschland ist, wie die Dinge nun einmal liegen, der politische Klassenkampf des Proletariats in allererster Linie ein Kampf um die Demokratie, um die bürgerliche Rechtsgleichheit, ein Kampf um die großen Grundforderungen der bürgerlichen Revolutionen. Die Sozialdemokratie hat zunächst die Aufgabe, diesen bürgerlich-revolutionären Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen — und daß sie bei dieser Arbeit immer wieder auf den offenen oder versteckten Widerstand des Liberalismus stößt, das ist, was den Streit zwischen Freisinn und Sozialdemokratie so erbittert macht. Die Freisinnigen fordern von der Sozialdemokratie, daß sie sich ändern soll, sie soll nicht sozialistisch, nicht antimonarchistisch, nicht antikapitalistisch sein, sie soll sich vornehmeren Ansinnen angeeignen — dann will man ihr erlauben, mit der Herrschaft an einem Tisch zu essen. Umgekehrt fordert die Sozialdemokratie vom bürgerlichen Freisinn nie etwas anderes, als daß er das sein möchte, was er zu sein vorgibt. Der Liberalismus brauchte weiter nichts als liberal zu sein, dann könnte er nicht nur auf seine eigene Kraft rechnen, sondern der gewaltige Druck der sozialdemokratischen Massenbewegung würde sich mit seinen eigenen Anstrengungen vereinigen, um die liberalen Forderungen durchzusetzen. Wenn es dazu nie gekommen ist und aller Voraussicht nach auch nie mehr dazu kommen wird, so nur darum, weil die Ideologie des Großbürgertums mit seinem Interesse in Widerstreit geraten ist. Wenn die Kapitalistenklasse aufhört liberal zu sein, bleibt der liberalen Partei vom Liberalismus bloß noch der Name.

Die „Vossische Zeitung“ sucht die berüchtigte Parole Eugen Richters, „Lieber Lucius als Kapell!“, mit der der größte freisinnige Parteiverderber vor 30 Jahren den Verfall des Liberalismus einleiten half, mit dem Hinweis auf die Tatsache zu verteidigen, daß auch die Sozialdemokratie — im Jahre 1907! — einige freisinnige Kandidaten zu unterstützen unterlassen hat. Ob Richter in seiner bewährten Jähzornigkeit diese Tatsache schon 1877 oder 1879 vorausgesehen hat? Er muß es wohl! Denn bis 1907 hat die Sozialdemokratie in allen Sitzungen den Freisinn gegen weiter rechtsstehende Parteien unterstützt, während der Freisinn schon im Jahre 1879 und seitdem fast regelmäßig die umgekehrte Taktik einschlug und für die Konservativen entschied. Wenn im Jahre 1907 in Süddeutschland — gerade in Süddeutschland, das in der „Vossischen Zeitung“ gewöhnlich „revisionistisch“ genannt und dem „radikalen Norden“ entgegengestellt wird — hier und da die alte Tradition verfallen wurde, so geschah das aus Empörung über die unerhörte Treulosigkeit der deutschen Volkspartei, die über Nacht zum Bloß abgeschwenkt war und nun mit den preussischen Junkern und Reichsverbänden gemeinsam die Sozialdemokratie bekämpfte.

Man kann es der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wahrhaftig nicht übel nehmen, wenn sie nach allen 13-jährigen Erfahrungen an die Möglichkeit einer Kooperation von Liberalismus und Sozialdemokratie in irgend einer großen politischen Frage — wie z. B. in der preussischen Wahlrechtsfrage — nicht mehr glauben kann. Aber wenn der Liberalismus sie eines anderen belehren will, so bietet ihm jeder Tag Gelegenheit dazu.

Die Aufstellung der Kandidaturen zu den Landtagswahlen im Königreich Sachsen, durch die der Landtag voraussichtlich eine wesentlich veränderte Zusammensetzung erfahren wird, ist nahezu vollendet. Es sind bis jetzt in den 91 Wahlkreisen von den verschiedenen Parteien 287 Kandidaten aufgestellt. Davon entfallen 91 auf die Sozialdemokraten, 89 auf die vereinigten Konservativen, Bündler, Mittelständler und Reformen, 68 auf die Nationalliberalen, 34 auf die Freisinnigen und 5 auf die Reformen allein.

Das Oberverwaltungsgericht in Dresden hat am Freitag zum ersten Male ein Urteil in der Angelegenheit der Aufhebung der sächsischen Landtagswahlen gefällt. Im Gegenſatz zu den Untergerichten, die die Kreisaußschüsse, bestimmt das Urteil, daß die Kreisaußschüsse wegen der Kinder nicht den Verlust der Stimmen nach sich ziehen. Zahlreiche Arbeiter müssen deshalb wieder in die Wählerlisten eingetragen werden.

In Meiningen gaben die Sozialdemokraten in den bevorstehenden Landtagswahlen als Parole Stimmenthaltung aus. Nach dem vorliegenden Gesamtresultat wurden am 4. Oktober Stimmen abgegeben: Bürgerliche 13.768, Sozialdemokraten 16.590. Unsere Partei hat seit 1902, diesmal 6300 Stimmen mehr erhalten!

Aus Belgrad wird ferner gemeldet: König Peter ordnete an, daß eine weitere Auszahlung der Albaner an seinen gegenüber in Paris lebenden Bruder, Prinzen Arsen Karageorgiewitsch eingeleitet werde.

Ein Unteroffiziersstreik in Norwegen. Infolge ihrer materiellen Benachteiligung durch die neue Rekrutierung bereitet sich in Christiania ein Streik der Unteroffiziere vor.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 9. Oktober.

Stadtverordneten-Versammlung.

Für die nächste Sitzung der Stadtverordneten, die am Donnerstag, den 14. d. M., Nachmittags 4 Uhr, stattfindet, liegen außer dem Material der vorigen Sitzung eine Anzahl neuer Vorlagen zur Beratung vor.

Von alten Vorlagen heben wir hervor: Biermaßänderung im Schweidnitzer Keller, Weiterverpachtung des Schießwerber, Ortsstatut für die Reinigung der Holzpfasterstraßen und Asphaltstraßen.

Unsere Enthüllungen aus dem reichstreuen Aktien-Strauß sind gegenwärtig der Gegenstand einer großen Justizaktion. Deut Vormittag wurden unsere Redakteure Wolff und Schiller am Breslauer Gericht darüber vernommen.

Die Schlichtigkeit in den Warenhäusern. In Versammlungen der Handels- und Transportarbeiter ist schon hienus darüber geklagt worden, daß die Handlungsgehilfen zu Arbeiten verwendet werden, die in das Fach der Hausdiener gehören.

Ein lieber Arbeitgeber. Herr Glaser Wenzel von der Gräbenerstraße wurde kürzlich telephonisch gebeten, einmal einem seiner Gehilfen die Benutzung seines Telefons in einer lieblichen Sache zu gestatten.

Im Thalia-Theater wurde am gestrigen Sonntag viel gelacht. Karl Lauffs Schwan, „Ein toller Einfall“ gelangte zur Aufführung und erweckte bei dem Stammpublikum des Thalia-Theaters die herzlichste Stimmung.

Polzarbeiter-Verband. Achtung, Weizer und Polterer! Mittwoch, den 13. Oktober, Abends 8 Uhr: Versammlung im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses.

Die Ortskrankenkasse der Kutschner hält am Sonntag, den 17. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, im Lokal zum „Roten Löwen“, Kapferschmiedestraße 21, die ordentliche Generalversammlung ab.

Kinderschutz!

Zur Annahme von Beschwerden über Verstoße gegen das Kinderschutzgesetz hat die Frauen-Versammlung am 21. März 1909 eine Kommission gewählt, die aus folgenden Genossinnen besteht:

Innere Stadt: Fräulein Vogt, Sonnenstraße 8, S. I. Nikolai-Vorstadt und Pöpelwitz: Frau Kaiser, Verlinerstraße 45.

Ober-Vorstadt: Frau Schramm, Am Wäldchen 18, III. Sand-Vorstadt: Frau Waberfeld, Herzogstraße 12, IV.

Scheitniger Vorstadt: Frau Scholich, Fiedlerstraße 15, VI. und Frau Seibold, Krowitzstraße 25, V.

Oblauer Vorstadt: Frau Stroszy, Klosterstraße 19/21, Gartenhaus, IV. Schweidnitzer Vorstadt: Frau Samuel, Gabelstraße Nr. 29, IV.

Gräbener Vorstadt: Frau Ebe, Hebelgerstr. 18, III. Wir bitten, an diese Genossinnen alle Fälle ungesetzlicher Kinderarbeit sofort mündlich oder schriftlich zu melden.

In der Volksvorstellung am Sonntag, den 17. Oktober, gelangt nur das Sänigler'sche Schauspiel „Liebeslei“ zur Aufführung. Der Einakter „Komtesse Migi“ kann wegen Zeitmangels nicht mit aufgeführt werden.

Todessturz eines Kindes. Am Sonnabend beugte sich auf der Strödelstraße ein fünfjähriger Knabe, als er auf dem Flur des fünften Stockwerkes spielte, nach Rinderart durch die Sprossen des Treppenschilders vor, um nach unten gehen zu können.

Vom Kahue geküßt und ertrunken ist am Sonntag früh ein Schüler eines Kahnes, der an der Pflaumeninsel in der Oder lag. Die Leiche des Mannes ist bisher noch nicht gefunden.

Gefunden wurden: eine Rolle mit schwarzem und weißem Seidenstoff, ein schwarzer Damenschirm, ein Leinwand, ein Paket Seife, ein Handford, mit Blumenlohl und Tomaten, ein schwarzer Damensammetgürtel und ein Portemonnaie mit Inhalt.

Spielplan.

Table with 2 columns: Stadt-Theater and Thalia-Theater. Lists plays and dates for Monday through Sunday.

Aus Schlesien und Posen.

Larnowik Os., 11. Oktober. Seltener tutes doch nichts. Zwischen der preussischen und der russischen Grenzbehörde wurde am Sonnabend, Mittags von 1 1/4 Uhr ab, in Arnim, Kreis Larnowik, ein Lokaltreffen abgehalten.

Neueste Nachrichten.

Der Herkale Mord an Ferrer.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Die Morgenblätter melden aus Madrid: Das Kriegsgericht verurteilte Ferrer zum Tode und erkannte auf Konfiskation aller seiner Güter.

Paris, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Korrespondent des „Matin“ meldet aus Barcelona: Der Regierungskommissar hat das Urteil im Prozeß Ferrer noch gestern Nachmittag dem Generalkapitän zur Unterszeichnung vorgelegt.

London, 11. Oktober. Hier verankerten die Leiter der Sumantären Liga gestern Abend eine Kundgebung zu Gunsten Ferrers.

Brüssel, 11. Oktober. (S. L.-B.) Hier fanden am Sonntag Kundgebungen zu Gunsten Ferrers statt. Die Liga für Menschenrechte und der Freiheitskämpfer haben diesen Versammlungen ab.

Ein gefährlicher Lehrer. Brüssel, 11. Oktober. (S. L.-B.) Die hiesige Staatskommission verurteilte den 30 Jahre alten Lehrer Frig am Donnerstag wegen Verstoßens gegen die Stillschließung in 15 Fällen.

Mailand, 11. Oktober. (S. L.-B.) Im Dorle Coriogo bei Monza starben 14 Personen nach dem Genus von giftigen Pilzen.

Die deutsche Flugmaschine. Magdeburg, 11. Oktober. (S. L.-B.) Dem deutschen Flugtechniker Grabe ist es gelungen, auf dem Flugfelde Wars einen Rekord aufzustellen.

Das Erdbeben in Oesterreich. Salzburg, 11. Oktober. (S. L.-B.) Die Erdbebenperiode dürfte noch längere Zeit andauern. Am meisten wurde die Drifflach Talia heimgesucht.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Auf entsetzliche Art hat der 23 Jahre alte Handlungsgehilfe Digel aus der Gräbenstraße seinem Leben ein Ende gemacht.

München, 11. Oktober. (S. L.-B.) Zwischen Vertretern der bayerischen liberalen Landtagsfraktion und Anführern der bayerischen Lehrerschaft fanden Verhandlungen wegen Belassung der Differenzen.

Wien, 11. Oktober. (S. L.-B.) Im Regierungsbezirk Innsbruck ist hienus acht Fälle von Magen- und Darmkrankheiten auf 32 Personen sind bereits gestorben.

Wien, 11. Oktober. (S. L.-B.) Die hiesigen Webereien haben den Tarif der Webereiarbeiter abgelehnt, so daß heute in ca. achtzig Webereien der Ausstand akut wird.

Madrid, 11. Oktober. (S. L.-B.) Im Kriegsministerium herrscht heftige Unruhe, 23.000 Mann sind für Ceuta und Melilla bestimmt.

Schiffahrt, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Streik der Unteroffiziere der jüngeren Altersklasse hat durch Austritte aus dem Dienst größeren Umfang angenommen.

Wasserstandsrichten der Oder. Tabelle mit Wasserständen an verschiedenen Stellen.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Streik der Unteroffiziere der jüngeren Altersklasse hat durch Austritte aus dem Dienst größeren Umfang angenommen.

Wasserstandsrichten der Oder. Tabelle mit Wasserständen an verschiedenen Stellen.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Streik der Unteroffiziere der jüngeren Altersklasse hat durch Austritte aus dem Dienst größeren Umfang angenommen.

Wasserstandsrichten der Oder. Tabelle mit Wasserständen an verschiedenen Stellen.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Streik der Unteroffiziere der jüngeren Altersklasse hat durch Austritte aus dem Dienst größeren Umfang angenommen.

Wasserstandsrichten der Oder. Tabelle mit Wasserständen an verschiedenen Stellen.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Streik der Unteroffiziere der jüngeren Altersklasse hat durch Austritte aus dem Dienst größeren Umfang angenommen.

Wasserstandsrichten der Oder. Tabelle mit Wasserständen an verschiedenen Stellen.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Streik der Unteroffiziere der jüngeren Altersklasse hat durch Austritte aus dem Dienst größeren Umfang angenommen.

Wasserstandsrichten der Oder. Tabelle mit Wasserständen an verschiedenen Stellen.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Streik der Unteroffiziere der jüngeren Altersklasse hat durch Austritte aus dem Dienst größeren Umfang angenommen.

Wasserstandsrichten der Oder. Tabelle mit Wasserständen an verschiedenen Stellen.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Streik der Unteroffiziere der jüngeren Altersklasse hat durch Austritte aus dem Dienst größeren Umfang angenommen.

Wasserstandsrichten der Oder. Tabelle mit Wasserständen an verschiedenen Stellen.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Streik der Unteroffiziere der jüngeren Altersklasse hat durch Austritte aus dem Dienst größeren Umfang angenommen.

Wasserstandsrichten der Oder. Tabelle mit Wasserständen an verschiedenen Stellen.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Streik der Unteroffiziere der jüngeren Altersklasse hat durch Austritte aus dem Dienst größeren Umfang angenommen.

Wasserstandsrichten der Oder. Tabelle mit Wasserständen an verschiedenen Stellen.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Streik der Unteroffiziere der jüngeren Altersklasse hat durch Austritte aus dem Dienst größeren Umfang angenommen.

Wasserstandsrichten der Oder. Tabelle mit Wasserständen an verschiedenen Stellen.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Streik der Unteroffiziere der jüngeren Altersklasse hat durch Austritte aus dem Dienst größeren Umfang angenommen.

Wasserstandsrichten der Oder. Tabelle mit Wasserständen an verschiedenen Stellen.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Streik der Unteroffiziere der jüngeren Altersklasse hat durch Austritte aus dem Dienst größeren Umfang angenommen.

Wasserstandsrichten der Oder. Tabelle mit Wasserständen an verschiedenen Stellen.

Berlin, 11. Oktober. (S. L.-B.) Der Streik der Unteroffiziere der jüngeren Altersklasse hat durch Austritte aus dem Dienst größeren Umfang angenommen.

Schmidberger, 11. Oktober. Der Streik bei der Firma ...

Stregan, 11. Oktober. Tarifbewegung. Die Tabakarbeiter ...

Agnetendorf, 11. Oktober. Schwere Unglücksfälle. Auf dem ...

Grünberg, 11. Oktober. Nach einer Folge der Finanzreform ...

Riegnitz, 10. Oktober. Endgiltiger Sieg im Müllerkampfe ...

Schönan a. d. S., 11. Oktober. Der neue Bienenstock ...

Wittschabenstall, 11. Oktober. Feldmarschall ...

Muskau, 10. Oktober. Erste Kaserne ...

Wasslau, 11. Oktober. Der Streik in der Feuerwehr ...

Nikola, 11. Oktober. 16.000 Rentner ...

Myslowitz, 11. Oktober. Liquidation der Jan-Grube ...

Schrimm (Polen), 11. Oktober. Vom Juge überfahren ...

Briefkasten.

Ersprechstunden der Redaktion: Wochentage ...

Reichenbach 100. Ihre Frau könnte nur dann ...

S. O. Altwasser 19. Die Kinder sind erbberechtigt ...

S. S. Wothensbach. 1. Die Abzüge sind zulässig ...

S. S. 7. Die Forderung des Käufers ist nicht ...

Reform-Zigaretten, 10 Stück 10 Pfg. Belieb, gut, preiswert und überall erhältlich ...

Rekruten

Bürsten, Knopfgabeln, Klopfspeitschen, Spiegel, Kämmе, Putzzeug vorschristsmäßig u. bekannt billig bei London & Co., Oderstr. 5, v. Ringe. Wichtig für Brautleute! Möbel, ganze Ausstattungen ...

221. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

Table with columns for lottery numbers and prize amounts, including '4. Klasse 1.ziehungstag, 8. Oktober 1909'.

18671 (400) 118 833 078

Table with columns for lottery numbers and prize amounts, including '18671 (400) 118 833 078'.

221. Königl. Preuss. Klassenlotterie.

Table with columns for lottery numbers and prize amounts, including '4. Klasse 1.ziehungstag, 8. Oktober 1909'.

186028 (200) 370 (400) 87

Table with columns for lottery numbers and prize amounts, including '186028 (200) 370 (400) 87'.